Morgen-Ausgabe

„Berliner Tageblatt" und „Handels-Zeitung" erscheint wochentäglich zweimal. Sonntags ein-mal. Gratis-Beiblätter: Montag „Zeitgeist", Mittwoch „Städtische Rundschau", Donnerstag und Sonntag „Der Welt-Spiegel", Freitag illustriertes Wochenblatt „ULK", Sonnabend „Haus Hof Garten"; täglich „Sportblatt". Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Rußlands und der Donau-staaten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. Bezugspreis: Durch die Post vierteljährlich 7.20 M. exkl. Zustellungsgebühr, Rußland exkl. Postaufschlag; für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 6 M., für Rußland 10 M. bei täglich einmaliger Zustellung 8 M. In Groß-Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW 19, Jerusalemer Straße 46-49 (Fernsprecher Amt Zentrum Nr. 10181-10142 für den Fernverkehr Nr. 14207-14209), und den nebenstehend aufgeführten Filialen.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Insertionspreis: Seite 1 Mark u. 20% Teuerungs-Zuschlag. Stellen-Gesuche ohne Zuschlag. Inserateu- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW 19, Jerusalemer Str. 46-49, und deren Filialen: Leipziger Str. 103; Potsdamer Str. 38; Zimmerstr. 50; Königstr. 56/57; Rosenthaler Str. 48; Schönhauser Allee 144; Moritzplatz; Rathenower Str. 3; Turmstr. 61; Schiffbauerdamm 4; Str. Frankfurter Str. 103; Frankfurter Allee 320; Blücherstr. 60; Wiener Str. 1-6; Greifswalder Str. 197; Fennstr. 1; Badstr. 55; Charlottenburg: Tauentzienstr. 2. Kantstr. 34. Scharrenstr. 30. Nürnberger Str. 25/26; Friedenau: Rheinstr. 19; Hohenzo-Grunewald: Hertzettenplatz; Lichterfelde: Lichterfelde-West: Carlstr. 16; Neukölln: Berliner Str. 41; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 19; Schöneberg: Hauptstr. 22/24. Martin-Luther-Str. 6; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 90; Tempelhof: Berliner Str. 147; Wilmersdorf: Uhlandstr. 58/59. In der Provinz: Brandenburg a. h. H.: Steinstr. 1; Frankfurt a. d. O.: Regierungsstr. 4a; Potsdam: Brandenburger Str. 28; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradeplatz 8.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 176
46. Jahrgang

Freitag
6. April 1917

Starker Artilleriekampf zwischen Lens und Arras.

Amtlich. Berlin, 5. April, abends. (W. T. B.)

Anhaltender, starker Artilleriekampf zwischen Lens und Arras.

Im Osten in mehreren Abschnitten rege russische Feuertätigkeit.

Die abgewiesenen englischen Angriffe.

Berlin, 5. April. (W. T. B.)

Der englische Angriff auf Hénin-Croisilles am Morgen des 2. April wurde von mehr als einer Division ausgeführt. Der Angriff war durch schwere Artillerie vorbereitet und wurde blutig abgewiesen. Bei dem zweiten Angriff, den die Engländer mit massierter Infanterie versuchten, erlitten sie allerschwerste Verluste, vornehmlich durch Maschinengewehrfeuer. Die englischen Toten, die allein bei Hénin liegen, werden auf 1200 Mann geschätzt. Auch die gemachten Gefangenen berichten von der Größe der erlittenen Verluste. Die in dem deutschen Heeresbericht vom 5. erwähnten Angriffe nördlich der Straße Péronne—Cambrai begannen um drei Uhr nachmittags mit einem Angriffe gegen Metz-en-Couture und den Wald von Gouzeaucourt in Stärke von mindestens vier Bataillonen. Nach ihrer blutigen Abweisung setzten die Engländer gegen Abend stärkere Kräfte ein, deren Angriff die deutschen Abteilungen befehlsgemäß auswichen. Um 5 Uhr 20 Minuten nachmittags versuchten die Engländer beiderseits der Straße Fins—Gouzeaucourt einen Angriff, der im deutschen Artilleriefeuer unter schweren Verlusten zusammenbrach. Desgleichen wurde gegen Ronssoy vorgehender Gegner durch Feuer vertrieben, während andererseits deutsche Stoßtrupps westlich St. Quentin in die feindlichen Linien eindrangen, dem Gegner im Handgranatenkampf schwere Verluste beifügten und Gefangene zurückbrachten. Außer der im Heeresbericht erwähnten Explosion eines Munitionslagers südlich Vendresse, bei der eine 300 Meter hohe Stichflamme beobachtet wurde, fanden starke Explosionen auch in dem vom Gegner besetzten Braucourt und St. Leger statt.

Der Kaiser und die innere Neuordnung.

Eine offiziöse Kundgebung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt an r Spitze des Blattes:

„Auf einen bestimmten Zug in der Rede des Präsidenten ilson muß besonders hingewiesen werden. Unserm Volk in nem schweren Kampfe um Leben und Freiheit will sich der Präsent als der Bringer wahrer Freiheit darstellen. Welche Knechtsie vermutet er im deutschen Volk, wenn er meint, es ließe ch von außen seine Freiheit zumessen? Die Freiheit, uns unsere Feinde zugedacht haben, kennen wir zur Genüge. Im men der Freiheit will England uns in alte Ohnmacht zurückwerfen, Namen der Freiheit will Frankreich uns Länder deutschen Blutes nmen, im Namen der Freiheit schleppte ihr Verbündeter, der rismus, deutsche Greise, Frauen und Kinder in russische Gefangenft. Das deutsche Volk ist im Kriege scharfsichtig geworden. Es t in den Wilsonschen Freiheitsworten nichts als den rsuch, das feste Band zwischen Volk und Fürsten in Deutschland zu ern, damit wir eine leichtere Beute unserer Feinde würden. Wir wissen selbst, daß uns zur Befestigung unserer äußeren cht und Freiheit auch im Innern wichtige Aufben zu lösen bleiben. Die Worte, die der Kaiser in jenen kwürdigen Tagen des August 1914 zum Volke und zum Reichssprach, haben bereits ein Programm enthalten, das sich r und mehr gestaltet hat. Die Reden des Reichskanzs haben es immer fester umschrieben. Im Drang des eges hat der Kaiser niemals seine Aufmerksamkeit von den gen der inneren Neuordnung abgewandt. Wenn kürzlich Reichstag gute Worte vom sozialen Königtum gesprochen sind, waren auch sie ein Zeichen dafür, daß Vertrauen zwischen Volk Kaiser ist. Nicht den Autokratismus, wie Wilson meint, dern das Volkskönigtum der Hohenzollern fest in scher Erde zu verwurzeln, dahin geht der gemeinsame Weg für ser und Volk, dazu wuchs uns im Sturm die Kraft."

Miljukows Kriegsziel.

waltsame Unterdrückung der pazifistischen Propaganda in Kronstadt.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Rotterdam, 5. April.

Von seinem Sonderkorrespondenten aus Petersburg erfährt der ily Telegraph: „Miljukow sagte mir, Rußland führe seinen Angriffs-g, aber" fuhr er fort, „wie wir in unserer Antwort an Wilson ärt haben, ist Rußland der Ansicht, mit dem Krieg nicht eher auf-n zu können, als bis wir die Träume des preußischen Regiments endgültig vernichtet haben, und dieses kann erst geschehen, wenn die Nationalitäten Oesterreich-Ungarns befreit und die Türken aus Europa vertrieben sind."

b. Stockholm, 5. April.

Die provisorische Regierung unterdrückt nach den jüngsten Meldungen systematisch die pazifistische Propaganda unter den Sozialisten. So wird aus Kronstadt gemeldet, daß das Organ der russischen Sozialdemokraten „Golos Prawda" von den Kronstadter Truppen beschlagnahmt wurde. Sie drangen in die Redaktionszimmer und in die Druckerei ein, die sie mit Gewalt besetzten, um von nun an Propaganda für Weiterführung des Krieges in einer neuerscheinenden Soldatenzeitung zu machen.

Ermordung des russischen Botschaftsattachés in Washington?

Amsterdam, 5. April.

Ein hiesiges Preßbureau meldet, daß der Attaché der russischen Botschaft in Washington, Graf Borgzatowsky, in einem Klub in Baltimore tot aufgefunden worden sei. Neben ihm habe ein Revolver gelegen. Bei der ärztlichen Untersuchung habe sich herausgestellt, daß ein Mord vorliege.

Zar und Zarin in der Peter-Pauls-Festung?

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

b. Stockholm, 5. April.

Nach einer hier eingetroffenen telegraphischen Meldung wären der ehemalige Zar und die Zarin sowie die Großfürstin Maria Pawlowna, die ältere, in der Peter-Pauls-Festung interniert. Diese Meldung geben wir mit Vorbehalt wieder. Svenska Telegrambyran hat auf seine darauf bezüglichen Erkundigungen aus Petersburg noch keine offizielle Bestätigung erhalten. Die Internierung des Zaren dürfte auf die Bauern nicht ohne Eindruck bleiben.

Heute sollen die Opfer der Revolution feierlich begraben werden. Alle Särge sind mit scharlachrotem Tuche bedeckt. Jedesmal wenn ein Sarg auf dem Marsfelde versenkt wird, wird Kanonensalut von der gegenüberliegenden Peter-Pauls-Festung antworten. Aus dem ganzen Lande trafen Abordnungen ein. Der Begräbniszug soll über eine Million Menschen zählen.

Die Arbeiter verlangten dreifachen Lohn für die Achtstundenarbeit, weshalb viele Fabriken ihren Betrieb einstellen mußten. Alle geschulten Arbeiter, die von der alten Regierung wegen revolutionärer Gesinnung zur Front geschickt wurden, wurden zur Fabrikarbeit wiederberufen. In Moskau hat man den Achtstundentag eingeführt, ohne direkte Regierungsdekrete abzuwarten.

Die Kraftquelle der Selbstverwaltung.

Aufsichtsinstanz und Städterecht.

Von [Nachdruck verboten.]

Dr. Paul Michaelis.

Es sind mehr als hundert Jahre her, daß Freiherr v. Stein die aus der Quelle der Selbstverwaltung fließende Volkskraft nicht bloß erkannte, sondern auch für die Gesamtheit des preußischen Volkes nutzbar zu machen suchte. Und man weiß, wie die Steinschen Reformen zunächst zur Abschüttelung des fremden Joches mitwirkten, wie sie weiter dem preußischen Volk über die Zeiten schlimmster Reaktion hinweghalfen, und wie sie als treibendes Moment bei dem Streben nach der deutschen Einheit wirkten. Etwas von dem Respekt vor dem Nutzen und den ungeheueren Wirkungen der bürgerlichen Selbstverwaltung ist seit dem Anfang des vorigen Jahrhunderts immer lebendig geblieben, auch in solchen Kreisen, die der bürgerlichen Freiheit sehr wenig wohlwollend gegenüberstanden. Und zum mindesten hat es im Laufe des letzten Jahrzehnts nicht an platonischen Huldigungen vor der Selbstverwaltung gefehlt. Der Krieg hat das seinige dazu beigetragen, das Lob der Selbstverwaltung noch stärker erklingen zu lassen. Das Wort von der Selbstverwaltung als einer Kraftquelle findet sich in dem vorjährigen Erlaß des preußischen Ministers des Innern v. Loebell, in dem die vorbildlichen Leistungen der Städte, Landgemeinden, Kreise und Provinzen während des Krieges im Dienste des Vaterlandes gepriesen wurden, und in dem den Aufsichtsbehörden zur Pflicht gemacht wurde, „den Geist dieser Aufsicht dem Geiste der Selbstverwaltung anzupassen". „Ich lege den größten Wert darauf", schrieb der Minister, „daß die vorstehende Verfügung zum Schutze der Selbstverwaltung gerade in der jetzigen Zeit angestrengter gemeinsamer Tätigkeit für das Wohl des Staates von allen Gemeindeaufsichtsbehörden streng beachtet wird."

Das sind gewiß anerkennende Worte, die zur Genüge erkennen lassen, daß die Selbstverwaltung mehr ist als ein dekoratives Beiwerk, daß sie vielmehr die eigentliche Grundlage der staatsbürgerlichen Betätigung des deutschen Volkes in schwerer Zeit bedeutet. Könnte die Selbstverwaltung nur von schönen Zensuren leben, dann wäre in Preußen alles auf das beste bestellt. Nur klafft leider zwischen theoretischer Anerkennung und praktischer Geringschätzung gerade auf dem Gebiet der Selbstverwaltung eine breite Kluft. In seiner ausgezeichneten Herrenhausrede vom 28. März hat der Berliner Oberbürgermeister Wermuth es beklagt, daß der von den besten Gedanken erfüllte Erlaß des Ministers des Innern, in dem die schonende Behandlung und Pflege der Selbstverwaltung empfohlen wurde, bisher nicht in die Praxis umgesetzt worden sei. Zum Beweise seiner Behauptung hat Herr Wermuth auf eine Reihe von Tatsachen hingewiesen, die unwiderleglich sind. Er sprach von der an der Nervenkraft zehrenden und tatenmindernden Heimsuchung, der die schwer geplagte städtische Beamtenschaft Tag für Tag durch die Aufsichtsbehörde ausgesetzt werde. Er wies darauf hin, daß die großen Gemeinden Hunderte, ja Tausende von Malen zur Berichterstattung aufgefordert und täglich durch Dutzende von Exzitatorien der Aufsichtsbehörden belästigt werden; er sprach offen aus, daß man den Unterschied zwischen Aufsichtsorgan und vorgesetzter Dienstbehörde manchmal kaum mit der Lupe herausfinden könne. Der Staat sollte nicht jeden noch so geringfügigen Anlaß zur Belundung eines Mißtrauens nehmen, meinte er.

Diesen allgemeinen Klagen stellte Exzellenz Wermuth Hinweise auf besondere Gebiete der städtischen Selbstverwaltung zur Seite. Wohnungsgesetz, Armenunterstützung, Arreststrafe der Unterbeamten, Schulrecht und Stimmrecht der Frauen in den städtischen Verwaltungsdeputationen dienten zum Beweise dafür, daß die Selbstverwaltung durch die bureaukratische Aufsichtsbehörde gerade auf denjenigen Gebieten in spanische Stiefeln eingeschnürt wird, die zu ihren eigentlichen Aufgaben gehören. Und wo bleibt die Verwaltungsreform? Die Immediatkommission hat nach mehr als siebenjähriger Zeit ihre Arbeit einstellen müssen, ohne daß sich bisher tiefere Spuren ihrer Wirksamkeit feststellen ließen. Die beiden hohen Verwaltungsbeamten, die an ihre Stelle getreten sind, werden hoffentlich etwas schnellere und gründlichere Arbeit leisten, aber bisher blühen sie wie Frühlingsveilchen im Verborgenen. Unterdessen arbeiten die Aufsichtsinstanzen weiter, als hätte sich in der Welt nicht das mindeste geändert. Auch wenn der